



# DER FREIHEITSKÄMPFER

Organ der Kämpfer für Österreichs Freiheit

35. JAHRGANG

MÄRZ 1983

NUMMER 1

## Der 11. März

Von Vizekanzler a. D. Dr. Fritz Bock

Zum 45. Male jährt sich heuer der Tag des Überfalls auf Österreich, und die Zahl derer, die damals aus politischen und sogenannten rassistischen Gründen den Weg in die Gefängnisse und Konzentrationslager antreten mußten, ist auf eine immer kleiner werdende Gruppe österreichischer Patrioten zusammengeschmolzen. Was sich damals ereignete, gehört bereits der Geschichte an.

Dieser Tag machte aber nicht nur österreichische Geschichte, sondern leitete die bisher größte Tragödie der Menschheit, den Zweiten Weltkrieg, ein. In Wahrheit war dieser 11. März der erste Tag des Zweiten Weltkrieges, was damals noch nicht erkannt wurde, obwohl es genug Warnungen in dieser Richtung gab. So hat der ehemalige österreichische Bundespräsident Wilhelm Miklas in der Mitte der dreißiger Jahre einmal den Anspruch getan, daß Österreich das Herz Europas sei, das man nicht verletzen oder töten dürfe, wenn man den Frieden in der Welt bewahren wolle. Wilhelm Miklas wurde damals wegen Großmannschätzung verachtet, aber die geschichtlichen Ereignisse haben die Wahrheit dieser Aussage eines christlichen Politikers in furchtbarer Weise bestätigt. Wir müssen daher den Untergang Österreichs in weltpolitischem Zusammenhang sehen, und im Nachfolgenden soll versucht werden, darüber einen Überblick zu geben.

Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges, der Zerschlagung der österreichisch-ungarischen Monarchie und der damit verbundenen Ausschaltung einer wichtigen europäischen Machtkompo-

nente begann für unseren alten Kontinent eine Zeit ununterbrochener Wirren, die durch die wirtschaftliche Situation mit ihrem Kulminationspunkt zu Beginn der dreißiger Jahre noch besonders verschärft wurden. Nicht zuletzt aus diesem Grunde wurde das Vertrauen der Menschen in die gesellschaftspolitische Ordnung erschüttert. Parlamente und Regierungen wechselten in kurzen Zeiträumen, und die Hoffnung, die die Menschen in die Demokratisierung ihrer staatlichen Ordnungen ursprünglich gesetzt hatten, erwies sich als trügerisch. Rund um Österreich entstanden autoritäre und diktatorische Regime. Wir dürfen

nicht vergessen, daß in Polen oder in den Balkanmonarchien dieser Zeit durchwegs Verfassungen installiert wurden, die zumindest starke präsidentiale Züge aufwiesen und mit einer Demokratie, wie wir sie heute verstehen, manchmal nur wenig zu tun hatten. Die wirtschaftliche Not verführte auch die Menschen dazu, zu glauben, daß autoritäre oder totalitäre Regimes besser in der Lage wären, die enorm hohe Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Nicht zuletzt darin lag auch eine der Ursachen für die Erfolge der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland. Die Arbeitslosen sagten sich, daß eine Staatsform, die nicht in der Lage ist, den Menschen das tägliche Brot zu sichern, nicht die richtige sein könne, und erwarteten sich von einem totalitären System eben etwas Besseres.

Fortsetzung auf Seite 2

## WAHLTAG 24. APRIL 1983

Wir Österreicher sind aufgerufen, ein neues Parlament zu wählen. Dieses Jahr ist für die politische und wirtschaftliche Weiterentwicklung unseres Landes entscheidend: Bei der Nationalratswahl am 24. April 1983 sollen die Bürger Österreichs ihre Stimme und ihr Vertrauen verstärkt der Volkspartei geben und damit einen dringend notwendigen Kurswechsel in der Regierung erreichen und erzwingen! Um aus der schwierigen Lage herauszukommen, fordert die ÖVP: „Anpacken, zuerst das Wichtige tun!“ Damit es wieder aufwärts geht, haben Vorrang:

● Ertragsfähige Betriebe, die investieren können und wettbewerbsfähig sind.

● Staatsverschuldung vermindern und Verschwendung öffentlicher Mittel einstellen.

● Steuergerechtigkeit und Belastungsstopp herbeiführen. Schärfere Besteuerung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes sowie der bereits versteuerten Ersparnisse und Sparzinsen vermindern.

● Unrentable Großprojekte mit unübersehbaren Folgekosten in der Zukunft einstellen, dafür aber neue Wohnungen errichten und alte sanieren.

Wir vertrauen unseren Mandatären und unterstützen die ÖVP tatkräftig in der Wahlvorbereitung und Wahlwerbung! Jede Stimme ist wichtig und auch gewichtig!

-JW-

Fortsetzung von Seite 1

Als dann 1933 die Nationalsozialisten an die Macht kamen, begann die deutsche Staatsführung Schritt um Schritt und Punkt für Punkt die Friedensverträge von 1919 auszuhöhlen. Die Besetzung des Rheinlandes und die deutsche Wiederaufrüstung waren die ersten Schritte, die von den einzelstaatlichen Siegermächten höchstens mit papierenen Protesten zur Kenntnis genommen wurden. Der Überfall auf Österreich und die ein Jahr später folgende Zerstückelung bzw. Besetzung der Tschechoslowakei stellten den Endpunkt dieser Entwicklung dar, die durch die politische Schwäche Frankreichs und die Appeasementpolitik Englands gekennzeichnet war. Wie falsch dieser Weg von allem Anfang an gewesen ist, weiß heute die ganze Welt; aber wir sollten nicht vergessen, daß es bereits damals perägende Warnungen gegeben hat. Winston Churchill, sicherlich der größte unter unseren Zeitgenossen, war damit berührt geworden. Aber auch wir in Österreich wußten seit 1933, was kommen mußte, sollte der deutschen Hybris nicht rechtzeitig Einhalt geboten werden. Es war im übrigen gar nicht so schwer, das zu wissen. Man mußte nur Hitlers „Mein Kampf“ lesen, um zu erkennen, welche Absichten eine nationalsozialistische Regierung in Berlin verfolgen wird. Schließlich sind wir dafür eingespent worden, daß wir uns jahrelang gegen den Nationalsozialismus gestellt haben, und von den rassistisch verfolgten Mitbürgern abgesehen, mußten 6000 Österreicher für ihre patriotische Gesinnung in der NS-Zeit mit dem Leben bezahlen.

Selbst der Überfall auf Österreich reichte nicht aus, um in der Welt ein Signal zu setzen, daß es so nicht mehr weitergehen könne. Das „peace for our time“ des dümmsten aller britischen Staatsmänner, Chamberlain, anläßlich der Preisgabe der Tschechoslowakei gilt uns heute noch in den Ohren. Aber auch während der folgenden schrecklichen Jahre erlebten wir das Phänomen, daß die Welt nur mangelhaft über das orientiert war, was wirklich in den vom Dritten Reich unterworfenen Ländern vorging. Es ist zuzugeden, daß die Wahrheit schwer zu glauben war, denn daß man einen Massenmord an fast 6 Millionen Menschen überhaupt durchführen konnte, überstieg das Begriffsvermögen jedes normal denkenden Menschen. Wir wissen heute, daß man auch dann die Sache nicht ernst nahm, wenn darüber Nachrichten ins Ausland gelangten. „So etwas ist gar nicht möglich, es muß sich um ungeheure Übertreibungen handeln!“ war ein gebräuchlicher Slogan dieser Zeit.

Daß alle Widerstandsaktionen unter dem nationalsozialistischen Regime

fehlgeschlagen mußten, war nur dem klar, der selbst ein Opfer dieses Regimes wurde. Wenn uns heute unsere Kinder fragen, wieso wir uns das alles haben gefallen lassen, so ist es noch immer schwierig, ihnen zu erklären, wie es wirklich gewesen ist. Daß auch der 20. Juli 1944 fehlgeschlagen hat, ist nach meinem Dafürhalten nicht nur aus den Mängeln des Attentats, sondern auch darauf zurückzuführen, daß selbst bei Beseitigung Hitlers es sehr die Frage gewesen wäre, ob die verbliebenen Machtpositionen, insbesondere die Himmlers, nicht stark genug gewesen wären, jeden Putsch niederzuschlagen, zumal den tapferen Offizieren des 20. Juli jeder Kontakt zu den breiten Bevölkerungsmassen fehlte. Aber das ist sicherlich eine Spekulation, die nur die Verhältnisse dieser Zeit ein wenig ausleuchtet soll.

Widerstand ist eine moralische Haltung. Widerstand gegen die Staatsgewalt bedarf echter innerer Überzeugung, die nicht von Machtstreben beherrscht sein darf, sondern das ethische Bestreben ist, eine verbrüderliche Staatsführung zu verhindern oder, wenn sie schon installiert ist, zu beseitigen. Unsere Tätigkeit zwischen 1933 und 1938 war eindeutig auf die Verhinderung ausgerichtet. Wir waren uns dabei vollkommen darüber klar, daß unser Bemühen nur dann einen Erfolg haben konnte, wenn auch die Dinge in der Weltpolitik entsprechend liefen, was sie aber, wie schon erwähnt, nicht taten. Österreich ist am 11. März 1938 buchstäblich allein gelassen worden. Es war schon allein von dem Augenblick an, da Mussolini 1935 auf die deutsche Politik eingeschwenkt hat. Er war schließlich der einzige und letzte Freund Österreichs. Seinen Maßnahmen ist es sicherlich zu verdanken, daß es nach dem Dollfuß-Mord am 25. Juli 1934 noch keinen geben hat. Als er aber bei seiner Zusammenkunft mit Hitler in München 1935 von diesem eingeklinken wurde, stand Österreich allein. Wir haben trotzdem den Kampf um unser Vaterland fortgesetzt, und hier muß mit aller Deutlichkeit auf die historische Wahrheit hingewiesen werden, daß es die Kräfte der Vaterländischen Front waren, die fast allein diesen Abwehrkampf geführt haben. Die Sozialdemokratie dieser Zeit, die natürlich auch keinen Anschluß an ein nationalsozialistisches Deutschland wollte, betrachtete ihren innenpolitischen Kampf gegen das autoritäre System von Engelbert Dollfuß für wichtiger als den Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus. Sie beging dabei den historischen Irrtum anzunehmen, daß die Wiederherstellung der parlamentarisch-demokratischen Verfassung von 1919 bzw. 1929 geeignet wäre, den Nationalsozialismus von Österreich fern-

zuhalten. So war es auch selbstverständlich, daß die größte Zahl der politischen Häftlinge aus den Kreisen der Amtswalter der Vaterländischen Front kam und nur wenige prominente sozialdemokratische Politiker das Schicksal in Dachau mit uns teilen mußten. Auch ihnen sei aller Respekt bezeugt. Dieser Irrtum der österreichischen Sozialdemokratie bleibt jedoch als historische Wahrheit bestehen. Ein Rückblick auf das autoritäre Regierungssystem in Österreich — und wir haben heute genug zeitlichen Abstand, um zu einer objektiven Beurteilung zu gelangen — muß vor allem berücksichtigen, daß erst mit Engelbert Dollfuß der Begriff einer österreichischen Nation lebendig wurde. Sicherlich ist das Schlagwort vom „Staat, den keiner wollte“ vollkommen falsch. Dieses böse Wort hatte allerdings eine historische Ursache. Als die deutschsprachigen Abgeordneten des ehemaligen Reichsrates am 30. Oktober 1918 zur „Provisorischen Nationalversammlung“ zusammentraten, wurde bekanntlich der Beschluß gefaßt, daß Österreich ein Bestandteil der deutschen Republik werden solle. Ein einziger Abgeordneter stimmte damals dagegen: Wilhelm Miklas. Der Beschluß ist wohl nur aus den damaligen Verhältnissen zu verstehen. Man konnte sich nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie einfach nicht vorstellen, daß der übriggebliebene Rumpfstaat lebensfähig sein soll. Das böse Wort Clemenceaus „L'Autriche c'est qui rest!“ hatte damals seine Wirkung getan.

Aber nicht nur der Umstand, daß die damaligen Siegermächte diesen Anschluß verhindern, war die Ursache dafür, daß in den Österreichern der Wille zum eigenen Staat erwachte. Hier gab es allerdings große Unterschiede. Während in der Christlichsozialen Partei unter Führung Ignaz Seipel die Selbstständigkeit Österreichs sehr bald zum Programmpunkt wurde, blieb der Anschlußgedanke im Parteiprogramm der Sozialdemokraten bis in die dreißiger Jahre bestehen, und wir wissen auch, daß es prominente Sozialdemokraten gegeben hat, die noch nach 1945 am Anschlußgedanken festhielten. Schwieriger beantwortet sich die Frage, ob die Österreicher eine Nation seien oder zur deutschen Nation gehörten. Darüber kann man heute noch diskutieren. Ich glaube aber, man findet auf diese Frage sehr schnell die richtige Antwort, wenn man zuerst einmal feststellt, wann ein Volk von einer Nation sprechen kann. Die lange Zeit gängige Definition, daß zu einem Volk alle Menschen gleicher Sprache gehören und damit der Begriff der Nation definiert wäre, ist längst überholt. Von einer Nation muß

man dann sprechen, wenn sich die Staatsbürger zu ihrem Vaterland bekennen, was auch bedeutet, daß sprachliche Minoritäten dazugehören. Auch der umgekehrte Beweis einer Nation liegt auf der Hand: Die deutschsprachigen Schweizer wären sehr böse, wenn man sie zur deutschen und nicht zur schweizerischen Nation rechnete.

Die Front innerhalb Österreichs verschärfte sich im Laufe der Jahre, und schließlich bildete die nationalsozialistische Minderheit in Österreich die einzige Gruppe, die sich nicht zu Österreich bekannte. Man hat oft über die Stärke dieser Minderheit geredet und wird nicht feilgehen anzunehmen, daß die österreichischen Nationalsozialisten nicht mehr als 20 bis maximal 25% der Bevölkerung ausmachten. Das war schließlich auch der Grund, warum es am 11. März 1938 zum Einmarsch kam. Die für den 13. März vorgesehene Volksabstimmung hätte ohne jeden Zweifel ein überwiegendes Bekenntnis zur österreichischen Unabhängigkeit gebracht. Da man das auch in Berlin wußte, ließ man die deutsche Wehrmacht einmarschieren. Als Gegenbeweis wird gerne der große Jubel angeführt, mit dem der deutsche Diktator in Österreich begrüßt wurde. Als rund 200.000 Menschen aus Wien sowie der näheren

und weiteren Umgebung am 13. März am Heidenplatz jubelten, war es die nationalsozialistische Gruppe, die dies tat. Bundespräsident Dr. Kirchschläger hat einmal eine sehr wichtige Feststellung getroffen, als er sagte, daß wohl die 200.000 auf dem Heidenplatz fotografiert wurden, es aber in den Gefängnissen und bei den weinenden Familien keine Fotografen gegeben habe.

Nun sind 45 Jahre vergangen, seit man vom „Ende Österreichs“ gesprochen hat. Jede Zeit heilt ihre Wunden. Heute ist eine Generation am Werk, die das alles nur mehr aus den Geschichtsbüchern kennt. Um so wichtiger ist es, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Wiederherstellung unseres österreichischen Vaterlandes mit der Zweiten Republik kein Willkürakt der Sieger von 1945 gewesen ist. Zu diesem Zeitpunkt waren auch die ehemaligen

Nationalsozialisten längst bekümmert, wenn man von dem Häufchen der Unbelehrbaren und Unentwegenen absieht. Geschichte wiederholt sich auch nicht. Wenn wir heute da und dort von rechtsextremistischen Grüppchen hören, so wäre es vollkommen verfehlt, an eine nationalsozialistische Gefahr zu glauben. Abgesehen von der zahlenmäßigen Schwäche dieser Grüppchen darf man nicht übersehen, daß es sich dabei um

in der Geschichte der Völker immer wiederkehrende Gruppierungen handelt, die einfach mit der bestehenden Ordnung nicht einverstanden sind. Sie zu bekämpfen, ist selbstverständliche Aufgabe, aber eine Gefahr stellen sie in Wirklichkeit nicht dar. Narren hat es immer gegeben, und es wird sie immer wieder geben. Unsere Staatsordnung ist stark genug und vor allem im Volke so tief verankert, daß man bei der Bekämpfung dieser Narren mit dem Straßengesetzbuch das Auslangen findet. Außerdem sollten wir nicht vergessen, daß es auch linksextremistische Gruppen gibt, die weitaus gefährlicher sind, weil sie einen Rückhalt in jenem Teil der Welt finden, der heute einer totalitären Gesellschaftsform unterworfen ist.

Und noch etwas darf man nicht vergessen. Der Wunsch nach der Wiederherstellung unserer Republik ist nicht erst zu einer Zeit entstanden, da der Krieg mit seiner furchtbaren Not die Menschen allmählich bekümmert hat. Wir haben schon im Sommer 1938 auf der Dachauer Lagerstraße von nichts anderem gesprochen, als daß wir unsere Heimat wiederaufbauen wollen, sobald der nationalsozialistische Spuk vorbei sein würde. Daß es damals überhaupt keinen Hinweis für die Realisierung unseres Herzenswunsches

Fortsetzung auf Seite 4

**Aral Super LL** ist ein modernes Leicht-Lauf-Motoröl in der Viskositätsklasse SAE 10W/30. Es verringert die Reibungsverluste im Motor und schützt ihn vor unnötigen Verschleiß.

Sie sparen Kraftstoff – Sie sparen Klöpperei.

**Aral Super LL** ist ein Mehrzwecköl der neuen Leicht-Lauf-Generation, für alle Jahreszeiten – für ein langes Motorleben.

„**MARTHA**“ ERDÖLGESELLSCHAFT M.B.H.

Fortsetzung von Seite 3

gegeben hat, spielte keine Rolle. Wir wußten auch nicht, wem das Schicksal die Freude bereiten würde, die Freiheit Österreichs zu erleben. Aber daß sie wieder kommen wird, war schon damals unsere feste Überzeugung.

Nun haben wir die Zweite Republik wieder hergestellt. Es war ein langer und mühsamer Weg unter der zehnjährigen Kontrolle der alliierten Mächte, und wir sollten nicht vergessen, daß Österreich nicht weniger als 17 Jahre lang seine Freiheit entbehrt. Die Aufgaben, die 1945 gestellt waren, schienen zunächst unlösbar: ein vom Krieg weitgehend zerstörtes Land, dessen wirtschaftliche Rekonstruktion vorerst aus eigenen Kräften gar nicht möglich war. Es war die große amerikanische Hilfe durch den Marshall-Plan, die uns den Weg öffnete. Österreich ist daher den Vereinigten Staaten von Amerika zu immerwährendem Dank verpflichtet. Ähnliches gilt auch für die anderen westeuropäischen Staaten, und es ist daher geradezu unfassbar, wenn heute da und dort anti-amerikanische Stimmen laut werden. Haben die Europäer wirklich vergessen, daß sie ihren amerikanischen Freunden letzten Endes die Souveränität ihrer Staaten verdanken?

Gerade wir Österreicher sind zu diesem Dank verpflichtet, war es doch nach 1945 noch lange nicht selbstverständlich, daß Österreich wieder ein freier Staat werden sollte. Das Schicksal Deutschlands — seine Teilung — drohte auch uns trotz des Beschlusses der Alliierten in der Konferenz von Moskau 1943, die Republik in den Grenzen von 1938 wieder herzustellen. Als es 1955 dann doch so weit war, hat die Entscheidung Moskaus, aus Österreich seine Truppen zurückzuziehen und das Land freizugeben, zehn Jahre auf sich warten lassen und war letzten Endes der damaligen weltpolitischen Situation zu verdanken. Die Sowjetunion hielt es damals für sinnvoll und zweckmäßig, für die von Nikita Chruschtschow initiierte Politik der friedlichen Koexistenz und der Nichteinmischung einen weithin sichtbaren Beweis zu erbringen. Dieser Beweis war Österreich. Wieder ein Beispiel für die Bedeutung, die ein souveränes Österreich für eine friedliche Entwicklung in der Welt hat.

Natürlich haben auch wir Österreicher selbst einiges zur Erlangung unserer Freiheit beigetragen. Es waren nicht nur die in unzähligen Fällen bewiesene Widerstandseigenschaft während der NS-Zeit und unsere Eigenschaft, mit anderen Nationen gut auszukommen, was wir in Jahrhunderten gelernt haben; sondern es war vor allem unser völkerrechtlicher Beitrag, nämlich die Erklärung Österreichs zu einem immerwäh-

rend neutralen Staat, die eine der Voraussetzungen für den Staatsvertrag gewesen ist, ich sage ausdrücklich „Voraussetzungen“ und muß das erklären. Die österreichische immerwährende Neutralität ist kein Bestandteil des Staatsvertrages, wie es die Russen gerne gesehen hätten, sondern die Österreichische Delegation hat bei den Staatsvertragsverhandlungen im April 1955 in Moskau nur die Zusage gemacht, daß das Parlament nach dem Abzug des letzten alliierten Soldaten aus Österreich ein Bundesverfassungsgesetz über die immerwährende Neutralität beschließen wird. Die Aufnahme einer solchen Bestimmung in den Staatsvertrag wurde von uns strikt abgelehnt. Das ist nun kein Spiel mit Worten. Denn wäre die Neutralität ein Bestandteil des Staatsvertrages, so hätten die Staatsvertragspartner das Recht, sich in die österreichische Neutralitätspolitik einzumischen. Was das unter Umständen bedeuten könnte, braucht nicht näher ausgeführt zu werden. So aber wurde das Bundesverfassungsgesetz über die immerwährende Neutralität Österreichs am 26. Oktober 1955 beschlossen, dem ersten Tag, da sich seit 17 Jahren kein fremder Soldat mehr in

Österreich befand.

Wenn wir heute in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten leben, so wissen wir auch, daß wir mit einer vermünftigen Wirtschaftspolitik aus dieser Situation wieder herauskommen werden, und das ist der große Unterschied zu 1919. Es bedarf dazu jedoch einer zielstrebigsten und sachlichen Politik. Daß es gerade darüber heute bei uns sehr unterschiedliche Auffassungen gibt, ist bekannt, und die bevorstehenden Wahlen zum Nationalrat werden auch darüber eine Entscheidung bringen. Für uns als politische Verfolgte gilt nach wie vor die Überzeugung, daß in der Zusammenarbeit der großen politischen Kräfte des Landes das bessere System zu sehen ist, als wenn eine politische Gruppe die andere majorisiert. Wir wissen, daß es auch in der Sozialistischen Partei maßgebliche Männer und Frauen gibt, die diese Meinung teilen. Um so sinnvoller ist es, daß sich die Überlebenden des 11. März 1938 zum Konsens bekennen und die in einer Demokratie sicherlich auch notwendige Konfrontation auf das Mindestmaß beschränken. Was uns Engelbert Dollfuß seinerzeit lehrte, gilt auch heute: „Österreich über alles, wenn es nur will!“

## 28. Opferfürsorgegesetznovelle

Der Nationalrat hat die 28. OFG-Novelle am 10. Dezember 1982 beschlossen. Sie ist unter Nr. 650 am 30. Dezember 1982 im Bundesgesetzblatt kundgemacht worden und trat mit 1. Jänner 1983 in Kraft.

Die **Haftzulage** (§ 11 Abs. 2) zur Opferrente ab dem vollendeten 65. Lebensjahr steht nun allen Inhabern einer Amtsbescheinigung nach § 1 Abs. 1 lit. d und lit. e OFG mit nachgewiesenen Haftzeiten — ohne Beschränkung auf eine bestimmte Mindesthafterdauer — zu.

Die **Unterhalts- oder Teil-Unterhaltsrente** (§ 11 Abs. 5), die auf die Dauer und in dem Ausmaß an Inhaber einer Amtsbescheinigung zur Sicherung des Lebensunterhaltes zu leisten ist, als deren Einkommen die Höhe der Unterhaltsrente nicht erreicht, ist erhöht worden und steht auch zu, wenn keine Sorgpflicht für den Lebensgefährten besteht.

Die **Abtretung einer Opferrente** wegen Heimunterbringung (§ 11 b Abs. 3) bedarf der Zustimmung des Landeshauptmannes, der nunmehr vorher die Rentenkommission zu hören hat. Rentenempfänger sollen so an der Abgabe von Abtretungserklärungen gehindert werden, die den Bedarf der daraus begünstigten Heimleitungen auf die Dauer oder hinsichtlich des Betrages übersteigen. Ein Teilbetrag der Versorgungsgebühren eines NS-Opfers soll auch neben den Heimkosten-

beiträgen zur Verfügung frei bleiben! Von den Opferverbänden vorgeschlagene **Mitglieder der Rentenkommissionen** (§ 11 c Abs. 2 letzter Satz) und der **Opferfürsorgekommission** (§ 17 Abs. 2 lit. b) können nun auch Personen werden, die selbst keine Amtsbescheinigung als NS-Opfer innehaben. Die Überalterung der Opfer als Interessensvertreter ist bereits problematisch geworden und soll die weitere Mitarbeit in den Gremien gewährleisten.

Der **Anpassungsfaktor 1983** beträgt 5,5 v. H., um den die Versorgungsleistungen gegenüber dem Vorjahr erhöht worden sind.

## Besonderes Gedenken

Vor 20 Jahren, am 23. März 1963, verstarb im 74. Lebensjahr der zweite Bundesobmann der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, Kamerad Hofrat ANTON FRISCH.

Kam. Frisch, der lange Zeit hindurch im KZ Dachau inhaftiert war, stellte sich sofort im Jahre 1945 seinen Kameraden aus der schicksalsschweren Zeit Österreichs zur Verfügung. Im Jahre 1951 trat er als Bundesobmann an die Spitze unseres Verbandes. Sowohl als Funktionär als auch als Parlamentarier vertrat er stets nach bestem Wissen und Gewissen die Belange seiner Leidensgefährten.

Wir werden unseren Kameraden Anton Frisch niemals vergessen.

# OPFERFÜRSORGEGESETZ

Monatliche Versorgungsleistungen und Einkommensgrenzen  
ab 1. Jänner 1983

## 1. OPFER

| Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) | Opferrente § 11 Abs. 2 S | bisher S | Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) | Opferrente § 11 Abs. 2 S | bisher |
|--------------------------------------|--------------------------|----------|--------------------------------------|--------------------------|--------|
| 30 v. H.                             | 710,—                    | 673,—    | 70 v. H.                             | 2130,—                   | 2019,— |
| 40 v. H.                             | 1065,—                   | 1010,—   | 80 v. H.                             | 2840,—                   | 2692,— |
| 50 v. H.                             | 1420,—                   | 1346,—   | 90 und 100 v. H.                     | 3550,—                   | 3365,— |
| 60 v. H.                             | 1775,—                   | 1663,—   |                                      |                          |        |

**Haftzulage** — § 11 Abs. 2 Z. 2 — ab 65. Lebensjahr zusätzlich zur Opferrente: S 333,—  
**Alterszulage** — § 11 Abs. 2 KOVG: S 148,— (bisher S 138,—)  
**Zusätzliche Pflege- und Blindenzulage** — § 11 Abs. 11 — ab 50 v. H. MdE: S 1624,—  
 (bisher S 1729,—)

**Erschwerungszulage** — § 11 Abs. 3 KOVG

| ab Vollendung des | Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) |            |            |            |                |
|-------------------|--------------------------------------|------------|------------|------------|----------------|
|                   | 50 v. H. S                           | 60 v. H. S | 70 v. H. S | 80 v. H. S | 90/100 v. H. S |
| 65. Lebensjahr    | 159,—                                | 265,—      | 320,—      | 426,—      | 533,—          |
| 70. Lebensjahr    | 321,—                                | 532,—      | 602,—      | 710,—      | 852,—          |
| 75. Lebensjahr    | 586,—                                | 798,—      | 888,—      | 994,—      | 1101,—         |
| 80. Lebensjahr    | 852,—                                | 1066,—     | 1172,—     | 1279,—     | 1385,—         |

**Unterhaltsrente für Opfer** — § 11 Abs. 5, auch Maßbetrag bzw. Einkommensgrenze:  
 Alleinstehende: S 6297,— (bisher S 5969,—), verheiratet bzw. mit Lebensgefährten:  
 S 7936,— (bisher S 7522,—)

**Erhöhung der Einkommensgrenze bzw. des Maßbetrags für jedes Kind**, für das ein Erziehungsbetrag gebührt: um S 281,— (bisher S 266,—)

**Erziehungsbetrag** — § 11 Abs. 10 — neu S 562,— (bisher S 532,—)

Die nach dem Kriegsopferfürsorgegesetz (KOVG) teilweise zuerkannten weiteren Versorgungsleistungen für NS-Opfer — **Schwerstbeschädigtenzulage** gem. § 11a Abs. 4, **Pflege- und Blindenzulage** gem. § 18 Abs. 4 und 5, **Blindenführzulage** gem. § 20 — sind ebenfalls mit dem Anpassungsfaktor 1,058 um 5,5 v. H. erhöht worden.

## 2. HINTERBLIEBENE

**Hinterbliebenenrente** für Witwen, Witwer, Waisen, Eltern- und Lebensgefährten:  
 (bisher S 1312,—) S 1385,—

ab 1. 7. 1983 erhöht auf S 1420,—

**Elternrente:**  
 (bisher S 1750,—) S 1846,—

**Unterhaltsrente** — § 11 Abs. 5 — und **Beihilfen** — § 11 Abs. 7 — für Hinterbliebene:

(bisher S 5242,—) S 5530,—

**Einkommensgrenze/Meßbetrag für Eltern:**  
 (bisher S 5242,—) S 5530,—

**Einkommensgrenze/Meßbetrag für Beihilfen:**  
 (bisher S 6097,—) S 6453,—

ab 1. 7. 1983 erhöht auf S 6477,—

**Erhöhung** beider Einkommensgrenzen für jedes Kind um S 448,—

## 3. SONSTIGE LEISTUNGEN

**Hilfenzulage** — § 11 Abs. 12  
 einfach: S 2110,— (bisher S 2000,—)  
 doppelt: S 4220,— (bisher S 4000,—)

**Diätzuschuß** — §§ 14 und 49b KOVG

1. Stufe: S 220,— (bisher S 209,—)  
 2. Stufe: S 445,— (bisher S 422,—)  
 3. Stufe: S 666,— (bisher S 631,—)

**Stenogramm** — § 12a  
 höchstens S 8280,— (bisher S 7848,—)  
 mindestens S 4966,— (bisher S 4707,—)

**annehmenbar höchstens:**  
 S 3314,— (bisher S 3141,—)

**Hinweis:** Alle diese Erhöhungen werden arbeitsweg berechnet und gelten ab dem 1. Jänner 1983! Näheres teilen gerne Bundesleitung und Landesverbände mit!

# Gewerkschaft kein sozialistisches Monopol

Die drittgrößte Fachgewerkschaft im ÖGB mit über 200.000 Mitgliedern steht unter der Führung christlicher Gewerkschafter. Auf Grund der Personalvertretungswahlergebnisse stellt sie den Vorsitzenden und besetzt die wesentlichen Referate.

Daher auch Ihre Interessenvertretung

Österreichischer Gewerkschaftsbund

## GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST

1010 Wien, Teinfaltstraße 7, Telefon 63 96 61

**Opferfürsorgekommission — Leistungen aus dem Ausgleichsfonds**

Ab 1. 1. 1993 sind die Einkommensgrenzen für übersetzungsmäßige Leistungen gemäß § 12 Abs. 4 OFG angehoben und die Zuschüsse für einen Kur- oder Erholungsaufenthalt bzw. für Zahnkronen höher festgesetzt worden. Die Einkommensgrenzen für Ausfahrten sowie für Spitalaufenthalte und für den Härteausgleich beim Bestattungskostenbeitrag bleiben wie für 1992 gleich.

**Einkommensgrenzen für Ausfahrten:**

Einzelpersonen: S 7.043,— (1992: S 7.043,—)

Ehepaare: S 10.565,— (1992: S 10.565,—)

Erhöhungsbetrag pro Kind: S 2.507,— (1992: S 2.507,—)

**Einkommensgrenzen für Spitalaufenthalte und Härteausgleich/Bestattungskostenbeitrag:**

Einzelpersonen: S 11.938,— (bis 31. 12. 1992: S 11.938,—)

Ehepaare: S 15.044,— (bis 31. 12. 1992: S 15.044,—)

**Erhöhungsbetrag**

pro Kind: S 2.507,— (bis 31. 12. 1992: S 2.507,—)

**Einkommensgrenzen für übersetzungsmäßige Leistungen gemäß § 12 Abs. 4 OFG:**

Einzelpersonen: S 12.595,— (bis 31. 12. 1992: S 11.938,—)

Ehepaare: S 15.871,— (bis 31. 12. 1992: S 15.044,—)

**Erhöhungsbetrag**

pro Kind: S 2.645,— (bis 31. 12. 1992: S 2.507,—)

**Zuschuß für Kur- bzw. Erholungsaufenthalt:**

S 210,— (bis 31. 12. 1992: S 199,—)

**Zuschuß für Zahnkronen**

S 1.050,— (bis 31. 12. 1992: S 995,—)

Die Opferfürsorgekommission (OFK) im Bundesministerium für soziale Verwaltung ist auch bei der Vergabe von Mitteln aus der Sonderfürsorge oder aus dem Ausgleichsfonds in Form von Ausfahrten, Beihilfen oder Darlehen zu hören. Die Bundesleitung der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten ist mit dem Bundesobmann Reg.-Rat PERNAUER und mit Hofrat Mag. KOS in der OFK vertreten und mitwirkend.

## Jahrestage 1983

In den Medien wird auf die Jahrestage von Ereignissen hingewiesen, die in der Kulturgeschichte und auch in der Zeitgeschichte noch Auswirkungen verschiedener Intensität zeigen:

500. Geburtstag des Glaubensreformators Martin LUTHER

300 Jahre seit der 2. Türkenbelagerung Wiens und Rettung des christlichen Abendlandes von den Osmanen

50 Jahre nach Hitlers Regierungsantritt in Deutschland und folgender Machtübernahme

50 Jahre nach der „Selbstausschaltung“ des österreichischen Parlaments und Übergang zum autoritären Regierungskurs

45 Jahre nach der Annexion Österreichs durch Hitlerdeutschland und dem Beginn des Leidensweges der NS-Opfer Österreichs

40. Jahrestag der Kapitulation in Stalingrad mit der Wende des „Kriegsglücks“ für den Feldherrn Adolf HITLER

Katholiken und Protestanten haben

sich längst wieder zu einem Dialog bereit gezeigt, die Ökumenische Bewegung hebt gemeinsames Glaubensgut hervor und das Christentum muß sich in der Welt der Atheisten und Agnostiker behaupten. Ein zäher Kulturkampf ist im Gange!

Eine Türkengefahr für Österreich ist seit Prinz Eugen bekannt. Der kommende gesamtösterreichische Katholikentag soll Parallelen zu 1683 vermeiden und auch zu keiner Wiederholung der Türkenbefreiungsfeier in Wien von 1933 führen. Der Besuch des polnischen Papstes soll eher die Gestaltung einer Großkundgebung für den Weltfrieden ermöglichen und dem Motto „Hoffnung geben — Hoffnung leben“ gerecht werden.

Die Erinnerung an das Jahr 1933 bewegt die Zeitgeschichte und die Tagespolitik weitaus mehr! Zu wenig Lehren scheinen aus diesen Ereignissen in Deutschland und auch in Österreich gezogen zu werden. Viele Opfer sind zu bedauern und zu betrauern, die wenigen überlebenden Opfer und Zeugen der Zeit werden in ihren Mahnungen oft überhört und überstimmt.

Die Annexion Österreichs am 11. März 1938 und die NS-Gewaltherrschaft in Österreich mit ihren schweren Folgen werden in den Medien endlich deutlich und drastisch aufgezeigt. Alle Anfänge einer neuen und nur etwas geänderten Gefahr von rechts außen sind abzuwehren und anzuprangern! Die Wunden aus dieser Periode sind noch nicht ganz vernarbt und schmerzen vielen noch. Die Opfer der NS-Verfolgung und des Zweiten Weltkrieges sollen uns heute zum Gedenken anregen und Lehre sowie ernste Mahnung sein!

-JW-

## Zur Rechtslage der Österreicher i. d. Jahren v. 1938—1945:

Besonders aktuell ist diese Rechtsfrage jetzt deshalb geworden, weil es anlässlich des vor wenigen Wochen in der BRD gezeigten Films „Die Weiße Rose“, in dem das Schicksal der Geschwister Scholl und ihrer Freunde von der deutschen Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ geschildert wird, zu heftigen Auseinandersetzungen über die Haltung der BRD-Justiz gegenüber den Blutrünstern gekommen ist. Tatsache ist, daß die Mitglieder des Freiheitskämpfers Volksgerichtshofes, der neben vielen anderen auch die jungen Widerstandskämpfer der „Weißen Rose“ unter das Fallobjekt brachte, in der BRD nicht zur Verantwortung gezogen worden sind.

Zufolge einer oberflächlichen Denkwelt vertritt man heute noch — 38

Jahre nach Hitlers Ende — in Österreich vielfach den Standpunkt, daß unser Land in den Jahren von 1938 bis 1945 „angeschlossen“ gewesen sei und daß die Rechtslage in Deutschland und in der „Ostmark“ weitgehend die gleiche gewesen sei; dem ist aber nicht so. In einer einstimmig angenommenen Resolution der Völkerbundversammlung vom September 1927 wurde beschlossen, daß ein Angriffskrieg ein internationales Verbrechen sei; diese Rechtsansicht wurde auch in den sogenannten „Kellogg-Pakt“ vom August 1928, den 44 Nationen unterschrieben haben, aufgenommen. Bald nach den tragischen Ereignissen vom März 1938 ist in unserem Lande bekannt geworden, daß letztlich jenes Telegramm, das Österreich

(Beyss-Inquart & Co.) um Hilfe bittend an Hitler-Deutschland hatte absenden sollen, von Göring selbst geschrieben, also fälschlich ausfertigt worden ist. Die Truppen A. Hitlers sind dann in Österreich einmarschiert.

In logischer Folge ist es dann im Oktober 1943 in Moskau zu der für unser Land so bedeutungsvollen Konferenz gekommen, bei der die Alliierten den im Jahre 1938 dem österreichischen Volke aufzuzunehmenden Anschluß für null und nichtig erklärt haben; auch wurde damals festgelegt, daß Österreich das erste freie Land war, das der Hitlerschen Aggression zum Opfer gefallen ist. Im Art. II der Unabhängigkeitserklärung steht wörtlich: „Der im Jahre 1938 dem österreichischen

Volke aufgezwungene Anschluß ist null und nichtig."

Aus alledem ergibt sich zweifelsfrei, daß Hitler, Göring & Co. in Österreich nicht rechtmäßige Träger der Staatsgewalt waren; auch die am 10. April 1938 durchgeführte Volksabstimmung hat an dieser Rechtslage nichts geändert, dieser Volksentscheid war rechtlich bedeutungslos. Die Hitlerdeutschen waren demzufolge auch nicht berechtigt, in Österreich Gesetze einzuführen oder für Österreich Gesetze zu beschließen, die mit der bis März 1938 in Geltung gewesenen Rechtsordnung unvereinbar waren.

Was nun die Rechtsprechung in der „Ostmark“ bzw. in Österreich in jenen Fällen, bei denen Österreicher als Widerstandskämpfer oder als politisch Verfolgte in den Jahren von 1938 bis 1945 von Richtern unseres Landes zu Freiheitsstrafen oder gar zum Tode verurteilt worden sind, anfangs, steht fest, daß solche Erkenntnisse rechtswidrig ergangen sind; die rechtliche Grundlage hat für solche Urteile gefehlt. Nicht umsonst sind nach der Besetzung unseres Landes im Jahre 1938 von den deutschen Machthabern jene österreichischen Richter und Staats-

anwälte, die als treue Staatsbürger bekannt waren, aus dem Dienste entfernt worden. Was dann aber nach 1945 in Österreich geschehen ist, hat vielfach Kopfschütteln hervorgerufen; obwohl in Österreich während des II. Weltkrieges die Rechtslage in sehr wesentlichen Punkten eine ganz andere war als in Deutschland und bei uns Uneinigkeit gegen politisch Verfolgte und Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime rechtswidrig waren, sind auch bei uns sogenannte NS-Richter und NS-Staatsanwälte bzw. Blutrichter ungeschoren geblieben und nicht zur Verantwortung gezogen worden. In den Jahren 1950 bis 1952 sind solche Richter und Staatsanwälte bei uns, nachdem sie im Jahre 1945 außer Dienst gestellt worden waren, reaktiviert, ja nicht nur reaktiviert, sondern voll rehabilitiert worden — auch in finanzieller Hinsicht. Teilweise wurden solche Juristen sogar später auf höchste Posten ernannt.

Es ist nur zu hoffen, daß bald in unserem Lande zu den hier behandelten Fragen eine einheitliche Meinung vorherrscht.

Richter Dr. Jos. Kockels

## Landesverband Oberösterreich

### Unser Kamerad

### DDr. Heinrich Gleißner — 90 Jahre

Geboren am 26. Jänner 1893 in Linz als Sohn eines Werkmeisters der damaligen Lokomotivfabrik Kraus. Kamerad Gleißner stand im I. Weltkrieg 4 Jahre lang an der Front und errang als Oberleutnant im III. Kaiserschützen-Regiment an der russischen Front für die tapfere Erstürmung des Brückenkopfes bei Zaleszyki am 8. Mai 1915 die „Goldene Tapferkeitsmedaille“. Nach Kriegsende war er kurze Zeit Konzeptbeamter in der Ob. Landesregierung und kam dann in den Landeskulturamt (Vorläufer der Landwirtschaftskammer), 1927 wurde er zum Leiter der Ob. Warenvermittlung, 1933 zum Kammeramtsdirektor der neu errichteten Landwirtschaftskammer berufen. Im gleichen Jahr, und zwar im September, wurde er von Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß zum Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft ernannt. In dieser Funktion verblieb er bis Ende Februar 1934 und wurde am 1. März gleichen Jahres zum Landeshauptmann von Oberösterreich gewählt.

Getragen von der Liebe zu seiner Heimat stand sein Leben ganz im Dienste Oberösterreichs. Er war ein glänzender Redner, sein Optimismus und seine Tatkraft riß die Zuhörer in den

schwersten Zeiten mit. Er warnte stets vor der Gefahr des Nationalsozialismus und seine Auswirkungen auf unser Vaterland.

Im März 1938 — beim Einmarsch der Hitlertruppe in Österreich, denen die Nazischergen folgten, wurde unser Kamerad mit vielen treuen Österreichern inhaftiert. Am 15. März von der GESTAPO verhaftet und in das Polizeigefängnis in Linz gebracht, dort verblieb er bis zum 24. Mai und kam von dort auf Transport in das KZ Dachau. Auf der Fahrt dorthin erlitt er von der SS-Begleitung unbeschreibliche Mißhandlungen.

Am 17. Juni 1939 wurde er aus dem KZ Dachau entlassen.

Sein Aufenthalt in Oberösterreich war nur kurz, abermals verhaftet, kam er am 1. Oktober 1939 wieder in das Polizeigefängnis in Linz und von dort am 5. Oktober auf Transport, diesmal in das KZ Buchenwald.

Am 15. Dezember 1939 wurde Kamerad Gleißner aus dieser Stätte nazistischer Grausamkeit in das Hauptgefängnis nach Berlin überstellt, wo er bis zum 31. Dezember 1939 inhaftiert blieb. Nach seiner Freilassung wurde er „konfiniert“, d. h. er erhielt „Gauverbot“ und durfte Österreich nicht

betreten. — Wie sich die Bilder gleichen! — Die Menschenrechtsverletzungen und die Gewaltjustiz in den kommunistischen Staaten heute genauso, wie damals im Naziregime! — Kamerad Gleißner war somit „Verleumter“ und wurde als kleiner Angestellter in ein Berliner Industrieunternehmen „dienstverpflichtet“.

Im April 1945 gelang es ihm nach gefährlicher Flucht nach Österreich zurückzukehren. Sofort stellte er sich in den Dienst des Wiederaufbaues unseres Vaterlandes und übernahm das Amt des Kammeramtsdirektors der Landwirtschaftskammer für Oberösterreich und die Funktion des Landwirtschaftsreferenten in der provisorischen Beamtenregierung in Linz. Im Oktober 1945 wurde er von der amerikanischen Militärregierung zum Landeshauptmann von Oberösterreich ernannt. Bei den Landtagswahlen am 25. November 1945 in der Funktion bestätigt und am 13. Dezember 1945 einstimmig gewählt.

Dank seines erfolgreichen Bemühens, alle politischen Kräfte des Landes zur Zusammenarbeit zu vereinen, konnte er die rasche Aufwärtsentwicklung des Landes erreichen. Durch sein beispielhaftes Wirken konnte das sprichwörtliche „Gute politische Klima in Oberösterreich“ die Aufbauarbeit erleichtern. Seiner Sachkenntnis, seinem diplomatischen Geschick und seinem politischen Können ist es zu verdanken, daß die zehn Jahre Besetzung durch die Amerikaner und die Sowjetrussen keine Teilung Oberösterreichs brachte.

Durch seine fast dreißigjährige Tätigkeit als Landeshauptmann in unermüdlichem Einsatz für alle seine Bürger erhielt er den „Ehrentitel Landesvater“.

Am 2. Mai 1971 trat er von seinem Amt zurück und hat sich aus der Politik zurückgezogen.

Wir von der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten sind unserem Kameraden DDr. Gleißner ganz besonders dankbar dafür, daß er bei seiner Amtsübernahme im Jahre 1945 die „Opferinteressenvertretung beim Amt der Ob. Landesregierung“ schuf. Dadurch konnte vielen Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft geholfen werden, es hat im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände Ob. bis zum heutigen Tage seine segensreiche Auswirkung.

Wir, seine Leidensgefährten aus einer gnadenlosen Zeit, danken unserem Kameraden DDr. Heinrich Gleißner für seinen beispielhaften Einsatz um unser Vaterland Österreich und wünschen ihm aus ganzem Herzen Gottes Segen, Gesundheit und Lebensfreude für die weiteren Jahre.

Ing. Karl Serschen

Franz Hauf

## Der größte Feldherr aller Zeiten . . .

Angenehm war ich überrascht über das zustimmende Echo meines Artikels „Und Friede den Menschen auf Erden“.

Unangenehm war ich berührt über die Aussage eines Mannes (Name und Anschrift bekannt), der folgendes sagte: „Sie wagen es, einen Toten (gemeint war Hitler) zu verunglimpfen und das Dritte Reich als Aggressor zu bezeichnen? Wissen Sie nicht, daß Hitler die Arbeitslosigkeit in der Ostmark beseitigt hat? Er hat die Voraussetzungen für die Einheit und Eintracht einer Gesamt-Deutschen-Nation geschaffen. Er war der größte Feldherr aller Zeiten und Retter unseres Landes.“

So weit — so ungut! Was die Behebung der Arbeitslosigkeit und auch die Vollbeschäftigung in Großdeutschland und in den besetzten Gebieten anlangt, muß folgendes klargestellt werden: Die damalige Deutsche Nationalsozialistische Regierung steckte einfache Männer und überwiegend Frauen in die Rüstungsindustrie, Hunderttausende fanden auf den Schlachtfeldern in Polen, Frankreich, der Sowjetunion und selbst in der Wüste ihren „Arbeitsplatz“. Juden und mißliebige Personen wurden in Gaskammern, sprich Konzentrationslager, zwecks ihrer Vernichtung geschickt. Auf diese Weise wurde innerhalb kurzer Zeit das Arbeitslosenproblem gelöst.

Dieser Anrufer war der einzige, der mir so etwas sagte. Aber ich wurde höflich. Gibt es nicht da und dort (auch in den USA) kleine und größere Gruppen, die man als nationalsozialistisch orientiert bezeichnen kann? Damit meine ich auch eine besondere Gruppe in Österreich, die es auf 140.000 Mann gebracht hat. Im Vergleich zu unserer Einwohnerzahl scheint mir diese Anhängerschaft viel zu groß. Dazu kommt noch die Dunkelziffer der Sympathisanten, die wir nicht kennen. Unter diesem Personenkreis befinden sich viele Jugendliche, die diese Zeit des Zweiten Weltkriegs nicht mitemacht haben und daher nicht wissen können, daß Hitler als Mörder schlechthin genannt werden kann.

Es scheint mir auch unverständlich, daß man erst nach 40 Jahren in Trier an der Mosel Adolf Hitler die Ehrenbürgerschaft aberkannt hat. Demnach ergibt sich die Frage, ob und wie viele Städte oder Orte es in Deutschland noch gibt, wo Hitler als Ehrenbürger aufscheint? Wenn die „Praesda“-Kritik über das Ansteigen neonazistischer Aktivitäten in Österreich öst., so ist dies nicht allein die Meinung des Artikelschreibers oder seines Partei-

gangs, sondern sie impliziert eine Mahnung des Sowjetregimes an Österreich.

Man kann über die strategischen oder politischen Ziele der Sowjetunion geteilter Meinung sein, doch die Tatsache, daß Österreich zu einer Plattform solcher folgenreicherer Tendenzen werden kann, sind unbestritten.

Diese Fakten können österreichischerseits nicht einfach vom Tisch gefegt werden; man kann sie auch nicht

durch eine einseitige Aufklärung bereinigen.

Es müßten endlich zur Kenntnis genommen werden, die Bewegungen und Umtriebe dieser Art verbieten.

Wir müßten endlich zur Kenntnis nehmen, daß wir in einer politisch neuorientierten Zeit leben, in der andere Begriffe vorherrschend sind, als jene des Dritten Reiches.

Der Österreicher hat den Weg zu Frieden und Freiheit gesucht, und er hat nach harten Schicksalsjahren und Krieg diesen Weg gefunden. Es wäre unsinnig, heute einen anderen Weg zu suchen und zu gehen, der in Unfrieden und Unfreiheit endet.

## Staatspolitische Bildung im Bundesheer Gedenkstätten an NS-Todesopfer

Der Bundesminister für Landesverteidigung hat Richtlinien erlassen, die sich mit der Staats- und Wehrpolitischen Bildung im Bundesheer befassen. Es sind auch Exkursionen der Soldaten zu historischen Gedenkstätten, insbesondere zu jenen, die an den Kampf und die Opfer für Österreichs Freiheit erinnern. Um den militärischen Kommandanten eine Orientierungshilfe über solche Gedenkstätten zu geben, beabsichtigt das Büro für Wehrpolitik eine Übersicht der Gedenkstätten als praktische Hilfe an alle Einheiten des Bundesheeres herauszugeben.

Ein Entwurf für diese Übersicht über vorhandene Gedenkstätten, erarbeitet im DÖW, ist allen Bundesleitungen der Opfernverbände zugegangen und enthält auch die bedeutendsten Mahnmale, Denkmäler, Gedenksteine und Gedenktafeln in den einzelnen Bundesländern. Ein Hinweis auf die schlichte Grabstätte des Major Sepp GANGL im Stadtfriedhof von Wörgl und ein Ersuchen um die Ergänzung der Übersicht ist von unserer Redaktion an das Büro für Wehrpolitik ergangen.

„Im Stadtfriedhof Wörgl/Tirol erinnert

eine schlichte Grabstätte an Major Sepp GANGL, gefallen am 5. Mai 1945 bei der Verteidigung des Schlosses Itter bei Wörgl. Dort war ein geheimes Konzentrationslager, in dem sehr prominente französische Politiker und Generäle als Häftlinge kurz vor dem Kriege von der SS ermordet werden sollten.“

Major GANGL hatte sich mit anderen Wehrmachtsangehörigen der zivilen Widerstandsgruppe Wörgl angeschlossen und mit einer bewaffneten Schutztruppe Schloß Itter zur Befreiung der Häftlinge besetzt. SS- und Wehrmachteinheiten versuchten mit Artillerieunterstützung das Schloß zu erobern, wurden aber bis zum Eintreffen von US-Panzern abgewehrt. Major GANGL fiel im Artillerie-Im Zusammenhang mit der im Oktober 1982 im Raum Kufstein abgehaltenen „Raumverteidigungsübung“ erscheint es beachtlich und erwähnenswert, daß dort zu Kriegsende 1945 Kämpfe zwischen österreichischen Freiheitskämpfern und SS- bzw. Wehrmachteinheiten stattgefunden haben und einen militärischen Erfolg der Freiheitskämpfer aufzeigten! Das Blutopfer ist nicht umsonst gebracht worden!

Aus Schülerzeitung der HAK V — Wien 21:

## Tod zu Mauthausen

Mauthausen ist wohl jedem ein Begriff, doch kann sich sicher niemand ein Bild von den schrecklichen Ereignissen machen, die dort tatsächlich vorgefallen sind. Wir wollen dem im folgenden Bericht über unsere Exkursion Abhilfe schaffen:

Das ehemalige KZ Mauthausen wirkt durch seine kahlen Backsteinmauern

imposant und liegt bedrohlich auf einer Anhöhe. Vor dem Haupttor stehen eine Vielzahl von europäischen Denkmälern, die an die Schicksale erinnern sollen, welche hier ihr Ende fanden.

Sobald man in eine Holzhütte eintritt, ergreift einem ein unbeschreibliches Gefühl. Man steht auf Holzplanken, auf denen vor ca. 40 Jahren Menschen



zu Tode gequält wurden und verhungerten. In einer Baracke lebten zwischen 300 und 700 Personen, auf einer Fläche von maximal 200 Quadratmetern. In „Spitzenzeiten“ waren sogar bis 2000 Häftlinge auf diesem Raum untergebracht.

Geschichtlich gesehen, gibt es 3 Phasen von KZs:

1. Phase 1936 bis 1936: Sonderlager für politische Gegner

2. Phase 1936 bis 1942: Wirtschaftliche Bedeutung der KZs nimmt zu (im August 1938 entstand Mauthausen)

3. Phase 1942 bis 1945: Ziele waren:  
a) Häftlinge in der Rüstung einzusetzen  
b) Massenvernichtung der Juden (= Endlösung)

Mauthausen war ein KZ der Stufe 3 (RU = Rückkehr unerwünscht). Doch bevor die hauptsächlich russischen Häftlinge getötet wurden, mußten sie noch Schwerstarbeit verrichten. Der Tod hatte viele Namen. Harte tägliche 11-Stunden-Arbeit im Steinbruch, unzureichende Nahrung (nur 1/3 der benötigten Kalorien), Kälte und Furcht vor Mißhandlungen führten zu einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 6 Monaten, einer Zeit, die bei „Tod durch Arbeit“ zur Ewigkeit werden konnte.

Fast alle Ausbruchversuche waren zum Scheitern verurteilt. Bei einem Massenausbruch von 570 russischen Insassen kamen nur 12 durch (nicht zuletzt wegen der Grausamkeit der umliegenden Bevölkerung), von 80 Einzelausbrüchen gelang nur einer.

Die Verwertung des „unwerten Lebens“ ging soweit, daß die Leichen auf Förderbändern bearbeitet wurden. Goldzähne wurden ausgebrochen, Köpfe zu Tischschmuck verarbeitet, Haut zu Lampenschirm-Bespannungen gefertigt, Knochen zu Straßenunterbelag zermahlen, die Haare zu Matratzenfüllungen verwendet und das Körperfett wurde zu Seife verarbeitet.

Doch bis zum erlösenden Tod war es für die Häftlinge ein qualvoller Weg. Ärzte dritter Garnitur, manchmal sogar nur angelernte Soldaten, exerzierten an ihnen sinnlose und schmerzvollste Versuche, die fast ausschließlich mit dem Tode endeten. (Kälteleits bis zum Erfrierungstod der Versuchsperson, Einoperation von Glasscherben in ein Bein, um die Schmerzträglichkeit des Menschen festzustellen ...). Besonders beliebt waren Versuche an eineiigen Zwillingen.

Weitere Tötungsverfahren waren der Galgen, die Genickschußstelle, die von den Häftlingen peinlichst sauber gehalten werden mußte, und die Gaskammer.

Viele total verzweifelte Häftlinge wählen den Freitod, stürzten sich in den unter Spannung stehenden Stacheldraht, weil sie Arbeit und Kälte, Unmenschlichkeit und Kannibalismus nicht mehr verkrafteten —, hätten wir sie verkräftet?

Die Verluste von Mauthausen stehen nicht eindeutig fest. Doch auf Grund der „Buchhaltung“, die über die Gefangenen geführt wurde, kann man feststellen, daß auf jeden Fall in Mauthausen 30.000 und in den Nebenlagern 110.000 Menschen getötet wurden.

Häufig hört man, es sollen die alten Zeiten doch in Ruhe gelassen werden, doch dann wären Tausende von Unschuldigen umsonst gestorben. Sollten doch wenigstens wir aktiv zu vermeiden suchen, diese Teufelsmühle wieder in Gang zu setzen.

#### Gebet während der Nazizeit:

Lieber Gott, mach mich blind,  
daß ich alles herrlich find',  
Lieber Gott, mach mich taub,  
daß ich allen Unsinn glaub',  
Lieber Gott, mach mich stumm,  
daß ich nicht nach Mauthausen kumm,  
Bin ich blind, taub und stumm zugleich  
dann bin ich reif fürs 3. Reich.

**Wenn es um's Sparen geht:**  
**STROM statt ÖL**



**kelag**



**FABRIK ELEKTROTECHNISCHER  
APPARATE**

**Friedrich Wolf  
KOMM.-GES.**

Wien 14, Lützowgasse 3—5  
Telefon 94 41 07 und 94 41 08

## Sonderausstellung des DÖW

## Kärntner Slowenen 1942—1945

Der Verfolgung und dem Widerstandskampf der Kärntner Slowenen während des NS-Regimes ist diese Sonderausstellung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes im Wiener Alten Rathaus, 1, Wipplingerstraße 8, gewidmet. 26 Tafeln, zusammengestellt vom Slowenischen Wissenschaftlichen Institut in Klagenfurt, geben anhand von Fotos und Dokumentarmaterial einen ausgezeichneten Überblick über dieses Geschehen.

Der auf die slowenische Volksgruppe in Kärnten ausgeübte Germanisierungsdruck begann bereits viele Jahrzehnte vor der Annexion Österreichs durch das „Dritte Reich“. Ab 1938 war dann den antislawischen Maßnahmen und der gewaltsamen Eindeutschung keine Grenze mehr gesetzt. In der Nacht vom 14. zum 15. April 1942 erfolgten die ersten — für die Betroffenen völlig überraschend — Aussiedlungen slowenischer Bauernfamilien. Insgesamt wurden bis 1945 etwa 300 Familien (das waren ungefähr 1300 Personen) aus ihrer angestammten Heimat vertrieben.

Als Folge der Unterdrückungsmaßnahmen formierte sich rasch der Widerstand der Slowenen gegen das NS-Unrechtsregime in bewaffneten Partisaneneinheiten; die erste davon wur-

de im November 1942 aufgestellt. Die SS versuchte mit den grausamsten Mitteln, diesen Widerstandskampf zu unterbinden. Bauernfamilien, die die Partisanen mit Nahrung oder Unterkunft begünstigten und unterstützten, waren harten Repressionen ausgesetzt.

Als wohl unmenschlichste Aktion der NS kann die Ermordung von 11 Mitgliedern der Persman-Familie in der Nähe von Eisenkappel angesehen werden. Im wiedererrichteten Persman-Hof in Koprein wurde 1982 ein Partisanenmuseum eingerichtet. Im Friedhof von Eberndorf befindet sich eine Gedenktafel, die den 11 Toten der SADOVNIK-Familie vom Persman-Hof gewidmet ist.

Der Beitrag des slowenischen Widerstandes in Kärnten zur Befreiung Österreichs wird sehr gewürdigt; auch heute noch kämpft die slowenische Minderheit — wenn auch mit völlig anderen Mitteln — um ihre völlige nationale Gleichberechtigung. Mit dieser Sonderausstellung zeigt das DÖW seine solidarische Verbundenheit mit der slowenischen Volksgruppe und will zusätzlich noch einen weiteren Beitrag zur historischen Aufklärung über diese für Österreichs Freiheit beachtliche Widerstandsbewegung leisten.

Gruppen und von Einzelpersonen. Waren es im „Ständestaat“ vor allem die „illegale“ Arbeiterbewegung sowie vereinzelt Persönlichkeiten aus dem bürgerlichen und aus dem katholischen Lager, so haben praktisch unter dem NS-Regime alle (nichtnationalsozialistischen) politischen und weltanschaulichen Kräfte am Widerstand teilgenommen, wobei freilich die Arbeiterbewegung (Sozialisten, Kommunisten, Gewerkschafter, vor allem in den großen Betrieben) den größten Anteil daran hatte.

In eigenen und sehr umfangreichen Kapiteln des 2. Bandes werden Widerstand und Verfolgung des konservativen Lagers, der katholischen Kirche überhaupt, der evangelischen Kirchen, verschiedener überparteilicher Gruppen, der Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen sowie der Juden und Zigeuner reichlich dokumentiert. Eigene Kapitel befassen sich mit der Euthanasieanstalt Hartheim und dem Konzentrationslager Mauthausen. Neben dem organisierten Widerstand gab es aber auch einen breiten Strom von individuellen Widerstandshandlungen (Sabotage, Abhören ausländischer Sender, defätistische und antinazistische Äußerungen, Wehrkraftzerstörung, Hilfe für Juden und Kriegsgefangene), der zugleich ein Ausdruck der Stimmung der oberösterreichischen Bevölkerung war.

In einer übersichtlichen Form — nach sachlichen und chronologischen Gesichtspunkten gegliedert — werden die Dokumente bzw. Auszüge wiedergegeben. Jedes Dokument wird genau beschrieben (Behörde, Betreff, Datum u. dgl.) und der Deponierungsort angegeben. Den Zusammenhang zwischen den einzelnen Dokumenten stellen sachgerechte Einleitungen zu den jeweiligen Kapiteln her, die von anerkannten Historikern und Archivaren verfaßt wurden.

Zahlreiche Fotos und Faksimiles vermitteln einen anschaulichen Eindruck von dieser Zeit, und umfangreiche Register erleichtern den Zugang zu diesem Werk. Diese Dokumentation ist, wie die in dieser Reihe bisher erschienenen über Wien und das Burgenland, ein unentbehrliches Handbuch und Nachschlagewerk für jeden politisch, zeitgeschichtlich oder lokalhistorisch interessierten, für Historiker, Bibliothekare und Archivare, für Politiker und Lehrpersonen.

Aus dem Vorwort von Landeshauptmann Dr. Josef RATZENBÖCK wird treffend zur Würdigung dieser Dokumentation zitiert: „Dieser Widerstand, der von einzelnen Personen und verschiedenen politischen Gruppierungen ausging, trug wesentlich zur Rettung Verfolgter und zur Befreiung der Heimat bei. So war es den Widerstandskämpfern unter Einsatz ihres

## Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich 1934—1945

Dokumentation, herausgegeben vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Österr. Bundesverlag, Wien — Jugend und Volk Verlag, Wien — Oberösterreich. Landesverlag, Linz — 1982 — 2 Bände zu ca. 600 bzw. 650 Seiten, Fotos und Faksimiles auf 16 Seiten. Preis je Band: Leinen 8 350,—, Karton 5 250,—. Zum Subskriptionspreis verbilligt im DÖW erhältlich. Bestellungen auch über Bundesleitung der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten möglich.

In jahrelanger Forschungsarbeit in in- und ausländischen Archiven, bei Ämtern, Gerichten, Organisationen und Privatpersonen und unter Mithilfe oberösterreichischer Stellen (Landesarchiv, Opferfürsorgeabteilung, Landesgericht, Gendarmeriekommando, Diözesanarchiv u. a.) hat das DÖW gemeinsam mit Linzer zeitgeschichtlichen Instituten tausende, zum Großteil unbekannte Dokumente zusam-

mengetragen und verarbeitet. Amtliche Erlasse und Verordnungen, Gerichts-, Gendarmerie- und Polizeidokumente, Flugblätter, Zeitungen und andere „illegale“ Materialien der Widerstandgruppen, Aussagen, Berichte und Befragungspunkte von Opfern und Widerstandskämpfern bilden die Quellenbasis dieser wissenschaftlichen Dokumentation.

Die Fülle der gesicherten und verwendeten Materialien weist bereits auf das überaus große Ausmaß der Verfolgung und des — mancherorts angezweifelte oder bagatelisierten — Widerstandes hin, der vor allem im Sinne der Moskauer Deklaration der Alliierten vom Oktober 1943 als Österreichs „eigener Beitrag zu seiner Befreiung“ verstanden werden muß. Es gab freilich keine einheitliche österreichische Widerstandsbewegung, sondern — entsprechend der politischen Struktur Österreichs — einen Widerstand von Parteien, von weltanschaulichen

Lebens möglich, wichtige Einrichtungen vor der Zerstörung zu bewahren, in einzelnen Situationen die sinnlosen Kämpfe abzukürzen und damit die Leiden der Bevölkerung zu vermindern. Da ein profundes Geschichtswissen gerade für die Nachkriegsgenerationen von wesentlicher Bedeutung ist, um ähnliche Ereignisse in aller Zu-

kunft zu verhindern, begrüße ich die Initiative zur Dokumentation „Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich“ ganz besonders und darf dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes meinen Dank für die Aufarbeitung dieses geschichtlichen Zeitabschnittes aussprechen.“

-JW-

kenkasse als auch die KFA lehnten seine Krankenversicherung ab. Erst nach Kriegsende konnte Franz Zahalka wieder politisch aktiv werden und dann sowohl in seiner Funktion als Obmann der Gärtnerschaft Simmering als auch später als Bezirksvorsteherstellvertreter des 11. Wiener Gemeindebezirks am Wiederaufbau Simmerings und Wiens mitwirken.

Franz Schlosser, Wien 11

## Traditionelles Treffen der Kämpfer gegen den Nazismus des Alpen-Adria-Gebietes in Kumrovec, Jugoslawien

Am 20. November 1982 fand in Kumrovec, Jugoslawien, das traditionelle Treffen der Kämpfer gegen den Nazismus des Alpen-Adria-Gebietes statt, das im Jahre 1981 in Klagenfurt abgehalten worden war. Als Vertreter der ÖVP-Kameradschaft der politischen Verfolgten, Landesverband Kärnten, nahmen daran Obmann w. Hofrat i. R. Dr. Carl Sweceny und Obmannstellvertreter Reg.-Rat Ing. Josef Jantz teil. An weiteren Organisationen waren vertreten: Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer Kärnten, der KZ-Verband, der Verband der Kämpfer Partisanen, der Verband der italienischen Partisanen, der Bund der Kämpferverbände des Volksbefreiungskampfes (Slovenischer Ausschluß) und der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer, Landesverband Steiermark. Nach einer Kranzniederlegung am Denkmal von Marshall Tito durch je einen Vertreter der österreichischen und der slovenischen Verbände fand eine Besichtigung des Geburtshauses von Marshall Tito statt. Eingeladen hatte die „Kommission für internationale Zusammenarbeit, Zagreb“. Bei der anschließenden Konferenz im Kongreßhaus in Kumrovec wurde die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes gegen den Nazismus betont. Es soll insbesondere die Jugend über die Zeit des Nazismus und seine Verbrechen aufgeklärt werden. Vor allem in den Schulen müssen die Lehrer angewiesen werden, für ent-

sprechende Aufklärung zu sorgen. Nach einer Begrüßungsansprache des Mitglieds des Präsidiums der Sozialistischen Republik Kroatien, dem Gastgeherland, fand die Konferenz mit einem gemeinsamen Mittagessen ihren Abschluß.

### Landesverband Wien

#### Ehrung

FRANZ ZAHALKA, Bezirksvorsteherstellvertreter i. R., feiert am 12. November 1982 seinen 85. Geburtstag. Er war für die Freiheit Österreichs ein aufopfernder Kämpfer, der trotz vieler Schwierigkeiten stets seiner Gesinnung treu geblieben ist. Im Jahre 1923 wurde er, da er Obmann der christlichen Arbeitnehmer im Wiener E-Werk war, entlassen und erst nach Intervention des Bundeskanzlers Dr. Ignaz Seipel beim damaligen Wiener Bürgermeister Reumann wieder eingestellt. Der Grund für seine Entlassung war eine Malfest der christlichen Arbeiterbewegung unter Leopold Kunschak. Im Jahre 1934 wurde Franz Zahalka vom damaligen Bürgermeister Dr. Richard Schmitz in die Funktion des Zentralbetriebsratsobmannes der Arbeiter der Stadt Wien berufen. Es war eine sehr schwere Aufgabe, zum damaligen Zeitpunkt die Arbeiter wieder zur Ordnung zu rufen. Bald konnte ein Stab zuverlässiger Mitarbeiter eingesetzt werden und durch Obmann Zahalka die neue Organisation „UNITÄT“ aufgebaut werden.

Im Jahre 1938 verfügte der Eintage-Bürgermeister Wiens Major Lahr seine Entlassung. 1948 wurde Zahalka unter Wahrung des Ruhegehaltsanspruches zu Lasten der Wiener E-Werke zwangsweise in den dauernden Ruhestand versetzt.

In den Jahren zwischen 1938 und 1948 war er arbeitslos und wurde auch nicht vermittelt. Mehrere Ansuchen um Reaktivierung wurden im Rathaus abgelehnt. Sowohl die Gebietskran-

### Landesverband Niederösterreich

#### Herbstexkursion 1982 — Schloß Pottenbrunn und Stadtmuseum Enns

Der Landesverband Niederösterreich hielt auch im abgelaufenen Jahr 1982 an der Tradition fest, jenen Mitgliedern, die sich an seinen mehrtägigen Exkursionen nicht beteiligen können, im Rahmen eines Tagesausfluges Geselligkeit und neue, interessante Eindrücke zu bieten.

Im Schloß Pottenbrunn, nahe von St. Pölten, besichtigten die Reisenden zunächst die Ausstellung „Biedemeier und Vormärz“. Zahlreiche Exponate aus der Restaurationszeit, der Zeit vom Wiener Kongreß bis zur Märzrevolution 1848, waren zu bewundern. Kaiser Franz der Erste und Staatskanzler Fürst Metternich symbolisierten diese Epoche in ihrer Person. Mit ihrer Absicht, den inneren Frieden mit Mitteln zu erhalten, die später als reaktionär klassifiziert wurden, kamen sie nicht zum Ziele.

In dieser Zeit entstand jedoch eine eigene Kultur, Stil- und Geschmacksrichtung, die sich besonders in einfachen und zweckmäßigen Möbeln und anderen Einrichtungsgegenständen äußerte, im später so genannten Biedemeierstil. Jeder, der heute Objekte aus dieser Zeit sein eigen nennt, ist stolz darauf, da sie ja die „Gute alte Zeit“ symbolisieren. In der Malerei war das Motiv der stillen, heilen Welt vorherrschend, wie sie Waldmüller und Spitzweg zum Ausdruck brachten.

Aber es gab in dieser Ausstellung auch sehr realistische Bilder zu sehen, die etwa das Thema der Fabriksarbeit und das Los der Fabrikarbeiter ohne Schönfärberei zeigten. Auch der Umbruch im Verkehrswesen, als dessen Pionier Ritter von Ghega gilt, wurde den Besuchern vor Augen geführt. In der Literatur zeigte sich die Neigung zur Idylle, zum schlichten Humor, wie sie uns Ferdinand Raimund und Johann Nestroy vermitteln. In der Musik dominierten Schubert, Lanner und Strauß. — Jedenfalls, die Veranstalter dieser höchst sehenswerten Ausstellung und die Schloßverwaltung von

### Landesverband Wien

Anläßlich des Jahrestages der Ereignisse des 13. März 1938 gedenken wir aller Opfer des österreichischen Freiheitskampfes bei einem

#### REQUIEM

am Freitag, dem 11. März 1983, um 18.00 Uhr, in der Michaelerkirche, Wien 1, Michaelerplatz. Nach dem Requiem Kranzniederlegung am DA-CHAUER KREUZ. Um zahlreiche Teilnahme wird herzlich gebeten.

Pottenbrunn erteilen, nicht zum erstenmal, den Dank der Ausstellungsfreunde.

Nach dem Mittagmahl in Enns wurde auch die Ausstellung „Severin zwischen der Römerzeit und der Völkerwanderung“ besucht. In ihrem Mittelpunkt stand die Gestalt des heiligen Severin, der vor 1500 Jahren lebte. Der erste Teil der Ausstellung führte die Geschichte des Heiligen vor Augen. Severin, der Bischof von Köln und Schutzpatron der Bayern, war Bußprediger und Klostergründer. Dazu war er auch Fürsprecher und Vermittler zwischen den in seinem Bereich lebenden Römern und den eindringenden germanischen Heerführern. Viele Funde und Ausgrabungsgegenstände mit Beigaben aus seinem Lebensbereich werden in Schaukästen vermittelt. Durch wertvolle Bilder, Webereien und Kleidungsstücke wurde diese Schau lebensnah dargestellt. Die Absicht, Severins hohe Bedeutung dem Besucher nahe zu bringen, ist zweifellos gelungen.

Hatte am Beginn der Exkursion Landesobmann Hofrat Dr. Mohr die Reisenden namens des Landesverbandes willkommen geheißen, so übergab er später die Reiseleitung an Herrn Hofrat Dr. Karner, der nach einer Rast im „Paradelsgarten“ in Amstetten die Kameraden verabschiedete, ehe sie wieder die Heimfahrt im Autobus antraten.

OSR Rudolf Göpflich, Mödling

## Landesverband Burgenland

### Eisenstadt: Altbürgermeister F. Hebenstreit gestorben

Am 15. Jänner 1983 verstarb Altbürgermeister Franz Hebenstreit nach kurzem Leiden im 87. Lebensjahr. Dem allseits beliebten und geschätzten Mann gaben zahlreiche Bewohner des Ortsteiles Kleinhöflein am 19. Jänner das letzte Geleit. Die Einsegnung nahm Prälat Wilhelm Graßl vor, der in der Seelenmesse das stets vom Glauben bestimmte Winken des Altbürgermeisters in Familie, Beruf und Gemeinde würdigte. Am offenen Grab dankte der Bürgermeister der Landeshauptstadt Kurt Korbatis dem verdienstvollen Kommunalpolitiker. Der Kirchenchor unter Leitung von Altlandeshauptmann J. Lentsch und der Großhöflein Chor unter Hl. E. Tihanyi gaben der Feier einen würdigen Rahmen.

Franz Hebenstreit mußte wegen seiner aufrechten österreichischen Gesinnung in der NS-Zeit Haft und Schwierigkeiten im bürgerlichen Beruf erdulden. Von 1950 bis 1954 war er

Bürgermeister von Kleinhöflein und konnte trotz russischer Besatzung für seine Gemeinde viel Gutes tun. Er erfreute sich bis ins hohe Alter bester Gesundheit und nahm regen Anteil an der Entwicklung seines Heimatlandes. R. I. P.

OSR Anton Sattler

## Landesverband Kärnten

### Regierungsrat Franz STRIEDER +

Am 1. Jänner 1983 ist Kamerad Bezirkschulinspektor i. R. Regierungsrat Franz STRIEDER verstorben und wurde am 5. Jänner 1983 in Spittal a. d. Drau beerdigt. In Vertretung des erkrankten Landesobmannes w. Hofrat Dr. C. SWECENY überbrachte Regierungsrat Gerald NAGL die letzten Grüße des Landesverbandes Kärnten. Kamerad STRIEDER mußte in einer Zeit ohne Gnade Verfolgung, Haft und Entlassung aus dem Lehrberuf erdulden. Sein Einsatz für die Freiheit und den Wiederaufbau Österreichs und für seinen Glauben wird uns immer unvergänglich sein und ein Beispiel bleiben. „Österreichs Erde sei ihm lieb und leicht!“ war der letzte Gruß der Kameraden des Landesverbandes.

## Landesverband Vorarlberg:

Der Landesobmannstellvertreter Kam. Toni WINKLER aus Dornbirn verstarb mit 78 Jahren. Die Beerdigung fand am 3. Februar auf dem Friedhof Rohrbach statt.

Kam. Winkler war Ehrenobmann des Vorarlberger Familienbundes und Träger des Ehrenzeichens für Verdienste um die Befreiung Österreichs.

## Einladung

Die Aktion gegen den Antisemitismus in Österreich, das Katholische Bibelwerk, der Koordinierungsausschuß für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, das Österreichische Pastoralinstitut und die Religionspädagogische Akademie der Erzbischöfe Wien laden zu einem Vortrag von Dr. Ernst Ludwig EHRLICH (Basel) zum Thema „Auf dem Weg zueinander“ (Erklärung der österreichischen Pastoralkommission zum christlich-jüdischen Verständnis) ein.

Die Veranstaltung findet am Montag, dem 21. März 1983, 19.00 Uhr, im Festsaal der Religionspädagogischen Akademie, Wien 7, Burggasse 37, Partner, statt.

## Landesverband Salzburg

### Hochw. Dr. Walter SPARBER +

Unser Kamerad und NS-Opfer Dr. Walter SPARBER, Priester und zuletzt Leiter der Rechtsstelle der erzbischöflichen Finanzkammer, wurde am 9. Dezember 1982 im 69. Lebensjahr von Gott in die ewige Heimat abgerufen.

Der Verstorbene wurde in der Priestergruft des Sankt-Peter-Friedhofes in Salzburg beigesetzt.

In der NS-Zeit war Dr. SPARBER schwer verfolgt worden und hatte viel Leid erduldet. Fünf Jahre KZ — De-

chau, Buchenwald und Mauthausen — hatten ihn nicht gebeugt und gebrochen, in Freiheit war er wieder als Seelsorger rühmlich und geschätzt.

Er wirkte als Kooperator in den Pfarren Alpbach, Bramberg, Goldegg, Bischofshofen und St. Johann im Pongau, dann als Pfarrprovisor in Ebbs. Die letzten Jahre war er in der Erzbischöflichen Salzburg tätig. Wir bewahren Kam. Dr. SPARBER im besonderen Gedenken!

OSR Georg Felber

## Landesverband Salzburg

### Landesgeneralversammlung

Der Landesverband Salzburg hielt am 19. November 1982 seine ordentliche Generalversammlung ab. Unter Vorsitz von Hofrat Dipl.-Ing. Eduard Schmid wurde folgender neuer Landesvorstand gewählt:  
Obmann: Hermann PRODINGER,  
Obmannstellvertreter: Dir. i. R. Karl EDER,

Beisitzer: Hofrat Dipl.-Ing. Eduard SCHMIED, OSR Georg FELBER, Hauptschuldirektor i. R.

Rechnungsprüfer: Karl Windisch, Oberamtmann i. R., Friedrich GIGL-LEITNER.

Obmann des Schieds- und Ehrengerichtes: Dir. Ing. Robert POLLAK.

## Giftpflanze Faschismus – NS-Ideologie tot?

In unserer Ausgabe „Der Freiheitskämpfer“ Nr. 3/1975 wird bereits die Schwäche und Zaghaftigkeit der Demokratie im Kampf gegen das Wiederaufblühen der „Giftpflanze Faschismus“ angeprangert. Nicht das demokratische System an und für sich, sondern die dieses verkörpernden Persönlichkeiten werden die bestehenden Gesetze gegen das Wiederaufleben des faschistischen Gedankengutes nicht mit der nötigen Schnelligkeit und Strenge an. Die unheilvollen Keime des Faschismus kann man nur austrotzen, wenn man ihnen den Nährboden entzieht, der sich aus Aufrührertum, Intoleranz, sozialer Unordnung, aus einer Atmosphäre politischer Spannungen und aus der Hetze zu Haß und Rache zusammensetzt. Der Fortschritt auf dem Weg zur wirklichen Demokratie führt schließlich auch auf den Weg zum wahren Antifaschismus.

Im „Freiheitskämpfer“ Nr. 2/1976 wird das Thema „NS-Ideologie tot?“ und das höchst bedeutende Ergebnis einer Meinungsumfrage hierüber behandelt. Von 1600 befragten Österreichern als repräsentativer Querschnitt bekannten sich noch 5 Prozent zum „harten Kern“ der NS-Ideologie, wie Herrmann-Thesle, Führerprinzip und gewaltsame Unterdrückung politischer Gegner, aber 39 Prozent bejahten die Frage nach der Höflichkeit mancher europäischer Nationen, 21 Prozent waren der Ansicht zur Herrschaftsform, daß im Sinne des Führerprinzips „einer allein bestimmen sollte“. 35 Prozent wollten sich gegen eine Ausschaltung des Parlaments mit allen Mitteln wehren und nur 3 Pro-

zent wollten die Beseitigung des Parlaments unterstützen. Die Einstellung zu gefährlichen politischen Gegnern verriet aber wenig Toleranz: 30 Prozent wollten diese „überzeugen“, 30 Prozent wieder waren für das „Ignorieren“, eine beachtliche Mehrheit von 45 Prozent hingegen war für eine härtere Gangart diesen Gegnern gegenüber, wie „einsperren“, „vertreiben“ oder zumindest „unter Druck setzen“.

Aus dieser Befragung ergaben sich noch immer vorhandene Ansätze zu totalitären und antidemokratischen Einstellungen, allerdings nicht nur dem ehemaligen NS-Ideolog zurückzuführen, sondern auch von anderen antidemokratischen Kräften inspiriert. Das demokratische System in Österreich war demnach zwar nicht akut in Gefahr, aber dennoch vorhandene antidemokratische Kräfte zeigten von der notwendigen Wachsamkeit der Demokraten auch in Zukunft.

Die neuaufliegende Broschüre im Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW) zur ständigen Ausstellung „Der österreichische Freiheitskampf“ brachte eine Darstellung der wirklichen Ziele aller faschistischen Organisationen:

● Zerschlagen der Arbeiterbewegung, der Demokratie und des Parlamentarismus.

● Errichtung eines totalitären Systems (Diktatur, Meinungsmonopol, Terrormaßnahmen etc.)

● Aufrechterhaltung der bestehenden Eigentumsverhältnisse, der Privilegien und der Ungleichheit in der Gesellschaft.

● Expansion nach außen, Unterdrückung und Ausplünderung fremder Völker im Dienste des Großkapitals.

Vom Dr. Karl Renner-Institut wurde im Februar 1979 – bereits zeitlich in den Wahlkampf für die Nationalratswahlen fallend – die Broschüre „Gefahr von rechts“, Autor Dr. Wolfgang NEUGBAUER, herausgegeben und beschreibt unter anderem als wesentliche Elemente neofaschistischer Ideologie und Propaganda:

● Bekenntnis zum Deutschtum, Ablehnung der österreichischen Nation und der Eigenstaatlichkeit Österreich.

● Verherrlichung der NS-Vergangenheit und Leugnung oder Bagatelisierung der NS-Verbrechen.

● Pflege des Rassen- und Völkchases in allen seinen Formen. Der Rassismus, ideologischer Hauptbestandteil des Nationalsozialismus, wird von den Neofaschisten als „biologische Weltanschauung“ umschrieben.

● Antisozialismus und Antikommunismus, nur unbedeutende Gruppen geben sich sozialdemagogisch antikapitalistisch und ant imperialistisch.

● Eintreten für „Ruhe und Ordnung“ (Law-and-Order-Ideologie), Betonung von Autorität, Disziplin und Gehorsam. Faschistisches Führerprinzip und Führerkult sind Vorbild. Ein starker Mann („ein kleiner Hitler“) wird propagiert. Ablehnung der Emanzipation der Frau.

Im Kapitel „Faschistoide Einstellung in Teilen der Bevölkerung“ wurde auf zahlreiche empirische Untersuchungen darauf hingewiesen, die rechtsextremen Gruppen stellten trotz ihrer geringen Anhängerschaft nicht zuletzt deshalb eine latente Gefahr dar, weil bestimmte Einstellungen und Vorurteile in breiten Bevölkerungsschichten rechtsradikaler Ideologie entsprechen wurden und daher politisch nutzbar gemacht werden könnten. Die Träger dieser Einstellungen gehörten aber selbst nicht den faschistischen Organisationen an und wären sich des faschistischen Charakters ihrer Meinung gar nicht bewußt, daher wäre hier der Ausdruck „faschistoid“ am Platze. Diese faschistoiden Bewußtseinsinhalte können u. a. Relikte der schlecht bewältigten NS-Vergangenheit, in Staaten ohne faschistische Vergangenheit aber anerzogene Vorurteile oder der Niederschlag aktueller gesellschaftlicher Konflikte sein und als Fremdenhaß, Minderheitenfeindschaft, Autoritätsdenken und dergleichen zum Ausdruck kommen.

Aus diesen besprochenen Untersuchungen und Dokumentationen mit versuchten Definitionen für den Faschismus und aus unseren eigenen bitteren Erfahrungen und schmerzvollen Erlebnissen ergibt sich die notwendige Schlussfolgerung, daß auch in unserer schon gefestigten Demokratie die Gefahren des Faschismus jeder Prägung und überhaupt von jedem Extremismus her rechtzeitig und deutlich erkannt und bekämpft werden müssen. Suchende und Irrende kann man vielleicht doch noch aufklären und überzeugen, Ewiggestrige und Aktivisten neuaufleckernden faschistischer Ideologien dürfen aber nicht den Schutz der Demokratie weidlich genießen! Wehret den Anfängen!

## Gedenkstätte Wien 1, Leopold-Fligl-Hof

Auf dem Grundstück des ehemaligen „Hotel Metropol“, dem Sitz der berichtigten Gestapo-Leitstelle Wien, ist diese Gedenkstätte für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes 1938 bis 1945 errichtet worden. Neue Besuchzeiten:

|            |                   |
|------------|-------------------|
| Montag     | 14.00 — 17.00 Uhr |
| Dienstag   | 14.00 — 17.00 Uhr |
| Mittwoch   | 9.00 — 12.00 Uhr  |
| Donnerstag | 14.00 — 17.00 Uhr |
| Freitag    | 9.00 — 12.00 Uhr  |

## Befreiungs-Ehrenzeichen

Das Bundesgesetz vom 27. Jänner 1976 über die Schaffung eines Ehrenzeichens für Verdienste um die Befreiung Österreichs, BGBl. Nr. 79/1976, würdigt im § 1 „Verdienste um die Befreiung der Republik Österreich von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“. Nach § 2 kann das „Befreiungs-Ehrenzeichen“ Personen verliehen werden, die die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen oder besitzen haben. Es kann auch „posthum“, das heißt einem Toten, verliehen werden, wenn noch ein naher Familienangehöriger, wie Ehegatte, Verwandter in gerader Linie, also Eltern oder Großeltern, beziehungsweise Kind, Enkel oder Urenkel, vorhanden ist, dem diese Auszeichnung übergeben werden kann.

Nach § 3 verleiht das Befreiungs-Ehrenzeichen der Bundespräsident auf Vorschlag der Bundesregierung

**Lassen Sie  
Ihr Risiko  
ruhig  
unsere Sache sein.**



*selbstverständlich*

**BUNDESLÄNDER  
VERSICHERUNG**

Dr. Josef Windisch:

## Gut und Blut für Österreich

Verteidigungsbereit am 11. März 1938

Die Tage vom 12. Februar 1938, an dem Hitler auf dem Obersalzberg in Berchtesgaden dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Kurt Schuschnigg die Kapitulation gegenüber den Austrofaschisten aufzwang, bis zum Rücktritt des Kabinetts Schuschnigg am 11. März 1938, haben viele aufrechte Österreicher der verschiedensten Lager wieder zueinander versöhnungsbereit und zum Widerstand gegen das drohende Dritte Reich, sowie zur wehrhaften Verteidigung des österreichischen Vaterlandes bereit gesehen. Der Aufruf vom 9. März 1938 zur Volksabstimmung am 13. März 1938 für ein freies und unabhängiges Österreich hat doch noch den heiligen Weg zu einem „Seid einig!“ im Lager Österreich ebenen können und auch die Sozialdemokraten aus der Illegalität heraus zum Unabhängigkeitskampf auf Seite der von ihnen wenig geliebten Regierung des Ständestaates entschlossen gezeigt. Doch das „Unternehmen Otto“ und der Einmarschbefeehl Hitlers an die stark auferstehende deutsche Wehrmacht am 11. März 1938 hat Schuschnigg, seiner großen Verantwortung bewußt, zur Vermeidung eines Blutvergießens bewegen und zum Widerruf der Volksabstimmung veranlaßt. Seine letzten Worte im Rundfunk „Gott schütze Österreich!“ klingen allen Österreichern sehr schmerzlich in den Ohren und lassen es nicht fassen, daß nun wirklich die Naziherrschaft über Österreich ohne jeden Widerstand und ohne die geringste Verteidigung anbrechen soll.

Eine Gruppe junger Burschen des Kalsantiner-Arbeiter-Oratoriums in Wien-Penzing, darunter ich selber, hat an diesem Freitagabend im Kloster Reingasse mit Burschen vom Jung-Freiheitsbund Breitensee und mit Studenten der Gartenbaufachschule Unter-St. Veit gerade intensiv eine neuerliche und noch wirksamere Prügelaktion für die schon aufreizend aktiv gewordenen deutschen Turner auf dem Akkonplatz nächst der Schmelz besprochen. Die Rücktrittserklärung Schuschniggs im Radio hat uns arg erschreckt und ist von uns auch nicht als echt und freiwillig abgelesen empfunden worden. Nur ein Putsch des kurz vorher ernannten Sicherheitsministers Dr. Seydlitz von Hitlers Gnaden hat für uns diese Worte verständlich erscheinen lassen. Was stimmt?

Im Laufschrift haben wir uns – etwa 20 Burschen – sofort nach Hietzing zur VF-Bezirksleitung auf den Weg gemacht und unterwegs ständig „Freiheit Österreich“ geschrien. Die Straßen sind fast leer gewesen. Die Bevölkerung hat sich wohl aus Furcht vor den kommenden Ereignissen in ihren vier Wänden eingeschlossen gehabt. Keine Spur von einer spontanen NS-Volkserhebung in Penzing und Hietzing, keine befreiten deutschen Brüder weit und breit zu sehen! Fahnen mit dem Krukenkreuz flatterten noch im milden Märzlüfterl! Noch vor unserem Ziel sind wir in Hietzing Am Platz auf uns bekannte Sturmschärler gestoßen, die von Dr. Jakob Kastelic, dem langjährigen

Landesführer der Sturmscharen, zu einer Versammlung ins Brauhaus einberufen worden sind. Im Lokal bei Dr. Kastelic haben sich bereits etwa 70 bis 80 Männer befunden, durch die neuesten Gerüchte und Radiodurchsagen beunruhigt und auf den Befehl zum Einsatz mit Waffen wartend.

Nach langem und bangem Warten hat nun Dr. Kastelic mit Tränen und fast stimmlos die Kapitulation Schuschniggs zur Vermeidung eines Blutvergießens allen bestätigt und die Notwendigkeit erklärt, kampflos den Einmarsch Hitlers erleben zu müssen. Jeder einzelne hat noch vor Dr. Kastelic den Eid geleistet: „Gut und Blut für Österreich!“ Mit einem Handschlag und einem entschlossenen Blick ist das Eidversprechen noch besiegelt worden. Die Besten und Treuesten aller Österreicher haben in die Illegalität gehen müssen. Viele von damals haben sich dem blutigen Terror der Nazischergen nie gebeugt und haben ihr Leben eingesetzt und auch hingegeben. Ihr Opfer ist nicht umsonst gebracht worden und Österreich ist nach 369 Wochen Besetzung und Unterdrückung aus Blut und Asche im Jahre 1945 wieder erstanden!

### Restexemplare

#### „Die Steine reden“

Dokumentation über Gedenkstätten, Denkmäler und Inschriften des österreichischen Freiheitskampfes. Reiche Bilderauswahl und interessante Zitate aus der Literatur der NS-Opfer. Bestellungen zum reduzierten Preis von 100 Schilling sind noch bei der Bundesleitung der „ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten“, 1080 Wien, Laudongasse 16, schriftlich oder fernmündlich (Ruf 43 11 44) möglich.

## Herr Meister, fahren Sie mit ihnen um's Eck

...mit muffertlosen Abflußrohren  
aus Gußeisen.

Platzsparende, schlanke Leitungsführung,  
jeher Bau situation angepasste Rohrstränge  
— Gewinn an Wohnfläche!

Verarbeitung der Rohre als Meterware,  
ohne besondere Paßstücke, praktisch  
ohne jeden Abfall — rationelle kosten-  
sparende Verlegung!



Tiroler Rohren- und  
Metallwerke Adlon-Gesellschaft

A-6060 Hall in Tirol/Austria  
Tel. 0162/231777  
Telex 05-3006

## KZ Theresienstadt — Außenkommando „Zossen“

## Suche nach ehemaligen Häftlingen

Zur Errichtung einer geheimen Zuchtanstalt für die Führung des Häftlingsregimes wurde von Theresienstadt ein Außenkommando entsandt, welches unter dem Decknamen „Zossen“ in Wulkow bei Trebnitz Bauarbeiten und Zimmermannsarbeiten verrichtete. Dort waren Häftlinge aus Deutschland, aus dem „Protektorat“ und auch aus Österreich eingereicht. Diese Leute waren vor Ostentransporten geschützt, und so kam es, daß eine verhältnismäßig größere Anzahl der Häftlinge den Krieg überlebte.

Hier leben z. B. heute nach 40 Jahren noch etwa 25 Menschen aus diesem Kommando. Ab und zu haben sie Zusammenkünfte und möchten gern zum 40. Jahrestag auch ausländische Freunde einladen. Ist es möglich, durch eine Umfrage noch Überlebende in Österreich zu ermitteln?

Es wird auch darauf aufmerksam gemacht, daß ein damals 17jähriger Berliner vor kurzem ein Buch herausgab: „Ich will leben“. Ein Teil des Buches schildert das Leben und Leiden dieses Kommandos unter dem SS-Sturmführer STUSCHKA. Der Buchautor heißt Klaus SCHÜRENBURG, wohnhaft D-100 Berlin 42, Manfred-von-Richt-hofen-Straße 117.

Die Gruppe „Wulkow“ wäre für die Mithilfe sehr dankbar. Mitteilungen bitte an: Georg LAUSCHER, Balbinova 27, 120 00 Praha 2, CSSR, Telefon 245-064.

## IMPRESSUM UND OFFENLEGUNG:

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:

Kuratorium der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten

Redaktion:

OR Mag. Dr. Josef Windisch

Verlags- und Erscheinungsort:

Wien

Sitz der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten (Medieninhaber und Herausgeber), der Redaktion und Verwaltung: Laudongasse 16, 1060 Wien

Hersteller:

Typographische Anstalt J. Kure, Ges. m. b. H., Witzelsberggasse 26—28, 1152 Wien

Offenlegung gemäß Mediengesetz 1. 1. 1962:

§ 25 (2): ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, Kuratorium, Laudongasse 16, 1060 Wien

Kuratoriumsbeirat:

Reg.-Rat Franz Pernauer (Bundesobmann)

Bds.-Rat Eduard Pumpenig

Ing. Karl Serschen

WHR Dr. Ludwig Mohr

Franz Forster

Unternehmensgegenstand: Interessenvertretung der Opfer des Nationalsozialismus und ihrer Hinterbliebenen sowie der österr. Widerstandskämpfer

§ 25 (4):

DER FREIHEITSKÄMPFER ist ein Organ der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten. Die Blattlinie entspricht den Grundsätzen, die im Statut der ÖVP-Kameradschaft verankert sind.

(BM f. l. Zl. 92.642/1—III/76)

## UNSERE TOTEN

## Landesverband Burgenland:

Am 15. 1. 1963 verstarb im 87. Lebensjahr Kam. Altbürgermeister Franz HEBENSTREIT aus Kleinhöflein.

## Landesverband Kärnten:

Am 1. 1. 1963 verstarb Kam. Reg.-Rat Franz STRIEDER aus Spittal/Drau im Alter von 81 Jahren.

## Landesverband Tirol:

Am 20. Dezember 1962 verstarb im 84. Lebensjahr Frau Carmella FLOCK aus Innsbruck. Frau Flock war Inhaberin des Ehrenzeichens für Verdienste um die Befreiung Österreichs, des Ehrenzeichens des Landes Tirol und der Plakette Leo XIII. für Verdienste um die Katholische Arbeiterbewegung in Tirol.

## Landesverband Wien:

Am 27. 11. 1962 verstarb in Wien im 81. Lebensjahr Sektionschef i. R. Dipl.-Ing. Rudolf KLOSS, Komtur des Ordens der Ritter vom Heiligen Grab, Alter Herr der KÖHV „Amelungia“ und Bandphilister der KaV „Bajawaria“ im CV, Besitzer des Großen Silbernen Ehrenzeichens mit dem Stern und des Großen Goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich, Träger des Ehrenzeichens für Verdienste um die Befreiung Österreichs sowie zahlreicher hoher ausländischer Orden und Ehrenzeichen. Kam. Sekt.-Chef Dipl.-Ing. Kloss, der Gründungsmitglied des Landesverbandes Wien der ÖVP-Kameradschaft war, wurde bereits am 13. 3. 1936 verhaftet und mit dem ersten „Prominententransport“ in das KZ Dachau verbracht. Nach der Befreiung Österreichs wirkte er maßgebend an dessen Wiederaufbau mit.

R. I. P.

## JUBILARE

In diesen Wochen feiern bzw. feierten folgende Kameradinnen und Kameraden „runde Geburtstage“:

Die ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und die Redaktion des FREIHEITSKÄMPFERS gratulieren herzlichst:

## Landesverband Wien

- 60 Jahre: Urbanz Walter (12. 3.)
- 65 Jahre: Komm.-Rat Appenzeller H. Heinz (25. 4.)
- 70 Jahre: Bokor Gertrude (13. 2.)
- 80 Jahre: Kosch Hugo (10. 3.)
- 85 Jahre: Roitmeier Leopold (17. 2.)
- 90 Jahre: Jeschek Hilde (26. 3.)

## Landesverband Burgenland

- 70 Jahre: Fach-Ob.-Insp. i. R. Korpitsch Hans (7. 4.)
- 70 Jahre: Putsch Elisabeth (6. 2.)
- 75 Jahre: Thomasitz Sophie (19. 4.)

An dieser Ausgabe haben mitgewirkt: OSR Georg FELBER, Dir. Franz HAUF, Camillo HEGER, OSR Anton SÄTTLER, Ing. Karl SERSCHEN, Hanna TELTSCHER, Mag. Dr. Josef WINDISCH.